

Stellungnahme der Gesellschaft für Geschichtsdidaktik Österreich

zum

Entwurf für ein Bundesgesetz, mit dem das Universitätsgesetz 2002, das Hochschulgesetz 2005, das Hochschul-Qualitätssicherungsgesetz, das Fachhochschulgesetz und das Privathochschulgesetz geändert werden, hier speziell zur geplanten Neustrukturierung der Pädagoginnen- und Pädagogenbildung gemäß der Anlage zu §74a Abs 1 Z 4 (HG 2005) bzw. der Anlage zu §30a Abs 1 Z 4 (HS-QSG) – Rahmenvorgaben für die Begutachtung der Curricula durch den Qualitätssicherungsrat für Pädagoginnen- und Pädagogenbildung

Wien, 6. Februar 2024

Die *Gesellschaft für Geschichtsdidaktik Österreich* (GDÖ) macht mit dieser Stellungnahme darauf aufmerksam, dass die geplante Reform der Lehramtsstudien (B.Ed./M.Ed.) aus Sicht unserer wissenschaftlichen Vereinigung die Ausbildung von angehenden Lehrer:innen massiv verkürzt und die mittel- und langfristigen schulischen wie gesellschaftlichen Folgen unberücksichtigt lässt. Die geplante Reform ist **nicht wissenschaftlich fundiert** und widerspricht aktuellen empirischen Erkenntnissen sowie internationalen Standards. Es droht eine Entprofessionalisierung des Lehrberufs. Die GDÖ erwartet daher eine starke Veränderung des Entwurfs, der nicht wesentliche Bereiche der Lehramtsausbildung in die Berufspraxis auslagert, sondern den wissenschaftlichen Charakter klar hervortreten lässt.

Vor allem in Zeiten eines steigenden Antisemitismus, Rassismus, politischen Extremismus sowie einer hohen Wissenschaftsskepsis in der Bevölkerung sind Geschichts- und Politiklehrer:innen jene Expert:innen innerhalb des Schulsystems, die mit Schüler:innen ein demokratisches Grundverständnis erarbeiten, ein historisch-politisches Bewusstsein fördern und demokratische Haltungen leben. Eine **überproportionale Kürzung der fachdidaktischen Anteile des Studiums** steht nicht nur einer soliden wissenschaftlichen Ausbildung entgegen, sondern auch den Zielen dieser Bundesregierung im Umgang mit Herausforderungen unserer Zeit (Antisemitismus- und Extremismusprävention, Krieg, Migration etc.). Ebenso haben Befragungen unter Junglehrkräften (Hajek 2023) mehrfach gezeigt, dass die fachdidaktischen Studienanteile von diesen als besonders relevant erachtet werden.

Zudem gilt es zu berücksichtigen, dass es sich bei „Geschichte und Politische Bildung“ bereits um ein Flächenfach handelt. Dass hierbei fachliche und fachdidaktische **Inhalte aus zwei Disziplinen** abgedeckt werden, wird im derzeitigen Entwurf nicht berücksichtigt.

Die *Gesellschaft für Geschichtsdidaktik* fordert daher:

- Die **Absicherung der fachdidaktischen Anteile** für das Lehramt mit **mindestens 20%**, wie dies auch im alten Gesetz vorgesehen war.
- Eine explizite **Berücksichtigung der Fachdidaktiken bei den pädagogisch-praktischen Studien im Ausmaß von mindestens 20%**.
- Eine **Sicherstellung eines Lehramtsstudiums mit dem Abschluss M.Ed. für alle** Lehrer:innen, um nicht hinter internationale Standards zurückzufallen, was gleichzeitig eine Aushöhlung des wissenschaftlichen Fundamentes der künftigen Lehrer:innenqualifikation bedeuten würde.

Wenn der österreichischen Schule die Aufgabe obliegt, gesellschaftliche und politische Entwicklungen kritisch zu reflektieren und Demokratie zu stärken, dann sind vor allem die (künftigen) Geschichts- und Politiklehrer:innen dabei zu unterstützen, diese Aufgabe durch eine fundiertes Studium gestärkt angehen zu können.

Der Vorstand der GDÖ

Univ.-Prof. Dr. Christoph Kühberger, Salzburg (Obmann)
HS-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Christine Ottner-Diesemberger, Wien
PD MMag. Dr. Andrea Brait, Krems/Innsbruck
Univ.-Prof. Dr. Thomas Hellmuth, Wien
HS-Prof. Dr. Claus Oberhauser, Innsbruck
Mag. Roland Trabe, Wien
Univ.-Prof. i.R. Dr. Alois Ecker, Wien